

freiheit

Ausgabe 04/21

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: adobestock.com

Homeoffice: Gekommen, um zu bleiben Von den Meinungsumfragen zum Gesetz

Foto: AdobeStock.com

lang:wohnbau

www.lang-bau.at

Gebrüder Lang Bau GmbH
Steiner Landstrasse 86
3504 Krems / Stein
+43 (0)2732 / 71055
office.krems@lang-bau.at

lang:bau

entgeltliche Einschaltung

Schützen Sie sich.

Initiative
Österreich
impft.

Immer mehr Menschen sind bereits geimpft und fühlen sich nun sicher. Melden auch Sie sich für Ihren Termin unter [Österreich-impft.at](https://oesterreich-impft.at) an.

Für Fragen zur Wirksamkeit und Sicherheit der Impfstoffe wurde eine Impf-Hotline unter der Telefonnummer **0800 555 621** eingerichtet, die sieben Tage in der Woche rund um die Uhr zur Verfügung steht.

Jetzt vormerken unter
[Österreich-impft.at/impfanmeldung](https://oesterreich-impft.at/impfanmeldung)



unentgeltliche Einschaltung

EDITORIAL

*Liebe Leserin, lieber Leser der **freiheit!***

Am Europatag, dem 9. Mai, gedenken wir jedes Jahr, dass wir in Europa in Frieden und Einheit leben. Es ist der Tag der historischen Schuman-Erklärung: Am 9. Mai 1950 hielt der damalige französische Außenminister Robert Schuman in Paris eine Rede, in der er seine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa vorstellte – eine Zusammenarbeit, die Kriege zwischen den europäischen Nationen unvorstellbar machte.

Österreich ist seit über 25 Jahren Mitglied in der EU und seit unserem Beitritt profitieren wir von dem Zusammenhalt und dem Gemeinschaftsgedanken. Die Corona-Krise hat deutlich gemacht, dass dieser Zusammenhalt essenziell ist. Kein Land für sich allein kann diese globale Krise bekämpfen. Nur gemeinsam kann es uns gelingen. Wir brauchen einen europäischen Schulterschluss, um die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in ganz Europa wieder in Schwung zu bringen. Zwei Drittel unseres Wohlstands sind von Exporten abhängig – 80 Prozent unserer Exporte gehen nach Europa. Jeder zweite Arbeitsplatz hängt am Export. Gerade deswegen ist es für Österreich wesentlich, dass die europäischen Handelspartner flott wieder auf Vordermann gebracht werden.

Der 9. Mai soll uns wieder in Erinnerung rufen: Wir alle sind Europa. Und wir alle brauchen Europa!

Viel Vergnügen beim Lesen dieser Ausgabe! Und vor allem: Gesund bleiben!

Ihre

*Nikola König-Weixelbraun
freiheit!-Chefredakteurin*



Foto: Volkspartei/Gläser

email@oevp.at
www.facebook.com/Volkspartei

Die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern spielen in der Volkspartei seit jeher eine wichtige Rolle. In den vergangenen Monaten hat uns die Corona-Krise mit all ihren Auswirkungen die Bedeutung einer engagierten Arbeitnehmerpolitik ein weiteres Mal eindringlich vor Augen geführt. Denn es sind die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die seit Pandemie-Beginn teils Übermenschliches leisten, indem sie unser Land auch in Zeiten der Krise am Laufen halten.

WAS EINE MODERNE ARBEITNEHMER- VERTRETUNG LEISTEN MUSS

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖVP-GENERALSEKRETÄR AXEL MELCHIOR

Als neue Volkspartei brauchen wir eine moderne Arbeitnehmervertretung für alle Menschen in unserem Land, die mit ihrem Fleiß und ihrer Hingabe tagtäglich zum Erfolg unseres Landes beitragen. Mit Klubobmann und Sozialsprecher August Wöginger nimmt der ÖAAB bei allen wichtigen Entscheidungen einen zentralen Platz am Verhandlungstisch ein. Zahlreiche sozialpolitische Meilensteine der vergangenen Jahre sind Belege dafür, dass die innerparteiliche Sozialpartnerschaft bestens funktioniert, wie etwa die nachhaltige Steuerentlastung, die Einführung des Familienbonus und die Corona-Kurzarbeit.

Dass die Stärke der Volkspartei viel von jener des ÖAAB abhängt, haben wir auch bei der vergangenen Nationalratswahl gesehen, bei der die Stimmen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wesentlich zu unserem phänomenalen Wahlerfolg beigetragen haben. Dementsprechend gerne suche ich als Generalsekretär der Bundespartei den regen Austausch mit unseren Arbeitnehmervertretern, die mir immer wieder eindrucksvoll vor Augen führen, was moderne Arbeitnehmervertretung im 21. Jahrhundert leisten muss.

Ich bin mir sicher: Mit August Wöginger an der Spitze und den vielen engagierten Funktionärinnen und Funktionären wird der ÖAAB seinen Erfolgskurs fortsetzen und den Menschen in unserem Land weiterhin eine moderne Arbeitnehmervertretung garantieren.

Impressum

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigenverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

Offenlegung gemäß § 25 (1) Mediengesetz

Herausgeber: Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Rudolf Habeler) Unternehmensgegenstand (Verzweckung): Förderung der österreichischen Arbeiterinnen- und Arbeitnehmerbewegung durch Herausgabe von Zeitungen, Zeitschriften, Flug-schriften, Büchern und Broschüren Sitz: Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien Blattlinie: Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik



v.l.n.r.: Bundesobmann-Stellvertreter Karl Nehammer, Generalsekretär Christoph Zarits, Bundesobmann-Stellvertreterin Christine Haberlander, Bundesobmann-Stellvertreterin Christiane Teschl-Hofmeister, ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundeskanzler Sebastian Kurz und Bundesobmann-Stellvertreterin Barbara Riener

Foto: ÖAAB

96,1 Prozent für August Wöginger

Mit einem absoluten Zuwachs an Delegierten-Stimmen startet ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger in die neue Periode. Unter dem Motto „Veränderungen leben. Werte erhalten!“ beginnt der ÖAAB einen breitangelegten Programmprozess.

Am 24. April fand der 28. ordentliche Bundestag des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbunds ÖAAB coronabedingt in einem Online-Format statt. Bereits im Vorfeld waren die über 500 Delegierten aufgerufen, per Briefwahl über das künftige Team des Bundes-ÖAAB abzustimmen.

Mit einem Zuwachs an Delegierten-Stimmen in absoluten Zahlen hat der 28. Bundestag des ÖAAB ÖVP-Klubobmann August Wöginger als Bundesobmann bestätigt. So stimmten 470 der 510 Delegierten des ÖAAB-Bundestages für August Wöginger – nach 441 Stimmen im Jahr 2016. Das entspricht einem starken Votum von 96,1 Prozent, so der Vorsitzende der Briefwahlkommission, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, nach Auszählung der Briefwahlstimmen. Insgesamt wurden 490 Stimmen abgegeben, 489 waren gültig.

Starkes Team

Als Stellvertreterinnen und Stellvertreter des im Amt bestätigten ÖAAB-Bundesobmanns wurden mit eindeutigen Mehrheiten Europaministerin Karoline Edtstadler (466 Stimmen, 95,3 Prozent) aus Salzburg, die LH-Stellvertreterin und Landesobfrau des ÖAAB OÖ Christine Haberlander (480 Stimmen, 98,2 Prozent), der Tiroler Landtagsabgeordnete und Bürgermeister aus Fügen Dominik Mainusch (477 Stimmen, 97,5 Prozent), der Innenminister und Landesobmann des ÖAAB Wien Karl Nehammer (467 Stimmen, 95,5 Prozent), die steirische ÖVP-Klubobfrau Barbara Riener (480 Stimmen, 98,2 Prozent) und die niederösterreichische Landesrätin und Landesobfrau des NÖAAB Christiane Teschl-Hofmeister (479 Stimmen, 98,0 Prozent) gewählt.

Sebastian Kurz als erster Gratulant

Als erster Gratulant fand sich ÖVP-Bundesparteibobmann und Bundes-

kanzler Sebastian Kurz ein. Er bedankte sich beim wiedergewählten Bundesobmann für seine Arbeit und gab einen Ausblick auf die Zukunft: „Wir sind bei den letzten Metern in der Pandemie-Bewältigung angekommen. Es ist immer noch nicht einfach, es gibt noch immer Regelungen, es ist noch immer nicht alles, wie es war. Umso wichtiger ist es nun, gemeinsam mit den Öffnungsschritten einen Optimismusschub für unser Land zustande zu bringen. In den kommenden Monaten wird es wesentlich sein, 500.000 Menschen wieder in Beschäftigung zu bringen. Und – sobald diese Gesundheitskrise bewältigt ist, wollen wir den bereits eingeschlagenen Weg fortsetzen. Viel ist uns bereits gelungen, z.B. die Senkung der ersten Steuerstufe und der Familienbonus Plus. Diesen Weg der steuerlichen Entlastung und der Stärkung der Familie wollen wir weitergehen. Dabei spielt der ÖAAB eine zentrale Rolle.“

ÖAAB als DNA der Volkspartei

„Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Land gibt es noch sehr viel zu tun. Das große Vertrauen der Delegierten gibt mir und uns auch in den kommenden Jahren die Möglichkeit, den Weg in eine neue Arbeitswelt gemeinsam zu gehen“, dankt Wöginger dem ÖAAB-Bundestag. „Der ÖAAB ist seit 1945 essenzieller Bestandteil der DNA der Volkspartei“, so Wöginger weiter. „Und ‚DNA‘ wird auch für die kommenden Jahre unsere Arbeit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich prägen – als ‚Das neue Arbeitsprogramm‘, mit dem wir der Taktgeber für die Gestaltung der neuen Arbeitswelt und ihrer Herausforderungen sein werden“, betont der wiedergewählte Bundesobmann. Vor allem die Themenfelder Familie, Entlastung, Wohnen, Mobilität und Digitalisierung seien hier „auf unserer Agenda ganz oben“. Gemeinsam werde der ÖAAB in neuer Aufstellung zukunftsfit an die Arbeit gehen und seine erfolgreiche Arbeit – Stichwort Familienbonus, Senkung des Eingangssteuersatzes, Karenzzeiten-

Anrechnung oder Lohnnebenkostensenkung bei Kleinverdienern – weiter fortsetzen, so Wöginger.

Start des Programmprozesses DNA

Als moderne Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbewegung ist es die Aufgabe des ÖAAB, Antworten auf die Fragen der Zeit zu finden. In den vergangenen fünf Jahren sind zahlreiche Lösungen erarbeitet worden und es konnten viele Erfolge verbucht werden. In den kommenden Jahren wird es die Aufgabe sein, die Lehren aus der größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen. Für die Zukunft müssen die Fundamente jetzt gelegt werden.

Der Anspruch des ÖAAB ist es, eine moderne und zukunftsorientierte Vertretung für die arbeitenden Menschen zu sein. Um diesen Anspruch auch weiterhin zu verfolgen, startet der ÖAAB einen breit angelegten inhaltlichen Programmprozess. In neun Arbeitsgruppen – geleitet von den neun Landesobfrauen und -männern – werden die wesentlichen Bereiche der neuen Arbeitswelt



Foto: ÖAAB

„Wir geben die neuen Antworten auf die neue Arbeits- und Gesellschaftswelt. Wir erstellen ein neues Arbeitsprogramm für den ÖAAB. Denn wir sind die DNA der Volkspartei“, so der wiedergewählte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger

beleuchtet, analysiert und für die Problemstellungen praxisnahe Lösungen erarbeitet.

Gemeinsam mit den ÖAABlerinnen und ÖAABlern, den Vertreterinnen und Vertretern auf allen Ebenen, der AK-Fraktion, der Landarbeiterkammer-Fraktion, den Mitgliedern der GÖD, den Betriebsrätinnen und Betriebsräten und den Personalvertreterinnen und -vertretern soll an der Zukunft des ÖAAB gearbeitet werden.

Über den Sommer wird nun an dem neuen Arbeitsprogramm gefeilt. Dieses soll im Oktober bei einem ÖAAB-Programmtag präsentiert werden.

„Wir geben die neuen Antworten auf die neue Arbeits- und Gesellschaftswelt. Wir erstellen ein neues Arbeitsprogramm für den ÖAAB. Denn wir sind die DNA der Volkspartei“, ist der wiedergewählte ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger überzeugt.



Foto: ÖAAB

Als erster Gratulant fand sich ÖVP-Bundesparteiobmann und Bundeskanzler Sebastian Kurz (re.) ein und bedankte sich beim wiedergewählten Bundesobmann August Wöginger (li.) für seine Arbeit

„Gesundheit schützen. Arbeit sichern.“

Mit über 98 Prozent wurde LH-Stv. Christine Haberlander zur neuen Landesobfrau des ÖAAB Oberösterreich gewählt. Sie ist die erste Frau an der Spitze und folgt in dieser Funktion auf ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger.

Ende März fand der 23. ordentliche Landestag des ÖAAB Oberösterreich unter dem Motto „Gesundheit schützen. Arbeit sichern.“ statt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde dieser in digitaler Form abgehalten. Die Wahlen und Beschlüsse erfolgten im Rahmen eines Onlinevotings, bei dem mehr als 640 Funktionärinnen und Funktionäre aus ganz Oberösterreich ihr Wahlrecht genutzt haben. Mit 98,13 Prozent der Delegiertenstimmen wurde Christine Haberlander zur neuen Landesobfrau gewählt.

Bei ihrer Rede stellte die neu gewählte ÖAAB-Landesobfrau einen klaren Handlungsauftrag in den Mittelpunkt: „Wir wissen, wie schwierig die Zeit ist. Und wir spüren, wie die Sorgen der



Oberösterreichs Landeshauptmann Thomas Stelzer (li) und ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger (re.) gratulierten der neuen Landesobfrau Christine Haberlander (Mitte) zum fulminanten Ergebnis.

Foto: ÖAAB/Herrmann Wankbinger

Menschen zunehmen und vielerorts auch eine Spaltung in der Gesellschaft voranschreitet. Wenn der Zwist in der Bevölkerung mehr wird, heißt das für uns im ÖAAB, die wichtigsten Ziele für die Menschen noch entschlossener zu verfolgen. Die Gesundheit der Men-

schen zu schützen und die Arbeitsplätze zu sichern. Das ist, was zählt!“

Haberlander kann bei ihren Vorhaben auf ein starkes Team mit engagierten Vertreterinnen und Vertretern aus allen Bereichen der Arbeitswelt zählen. Als Landesobfrau-Stellvertreter wird sie vom Vorsitzenden der GÖD OÖ. LAbg. Peter Csar (98 Prozent), der Fraktionsobfrau im Linzer Gemeinderat LAbg. Elisabeth Manhal (98,3 Prozent), Obmann der Arbeitsgemeinschaft ÖAAB im Parlament, Nationalrat Michael Hammer (98,3 Prozent) und der Fraktionsvorsitzende des Teams ÖAAB-FCG in der Arbeiterkammer und Hilfswerk-Betriebsratsvorsitzenden Cornelia Pöttinger (97,5 Prozent) unterstützt.

„Offensivarbeit gegen das Virus“

EU-Abgeordneter Lukas Mandl setzt sich als Arbeitsmarktsprecher im Europaparlament für den Grünen Pass, für Chancen für Junge und Qualifizierung für die arbeitenden Menschen ein. Im *freiheit*-Interview berichtet er über seine Vorhaben.

freiheit: Thema Pandemie: Wo stehen wir auf dem Arbeitsmarkt?

Lukas Mandl: Die Lage ist angespannt. Aber in Österreich sinkt derzeit die Arbeitslosenzahl von Woche zu Woche. Das hängt mit den Direkthilfen für die Wirtschaft zusammen, wo wir im europäischen Spitzenfeld sind. Ich zolle Arbeitsminister Kocher Respekt: Homeoffice-Paket, weiterentwickelte Kurzarbeit, Qualifizierungsoffensive. Er setzt die richtigen Akzente.

freiheit: Wie sieht die konkrete Arbeit aktuell im Arbeitsmarkt-Ausschuss aus?

Mandl: Er ist unter meinen Verantwortlichkeiten die Top-1-Priorität geworden. Innere Sicherheit, Verteidigung und Außenpolitik bleiben wichtig. Anders als vor der Pandemie geht es jetzt aber darum, Arbeitsplätze zu sichern und zu schaffen. Mein Fokus liegt auf den



Foto: Büro Lukas Mandl/M. LaHousse

Chancen für Junge. Ich habe die EU-Jugendgarantie gegen Widerstände mitgestaltet, damit Junge nicht sprichwörtlich auf der Straße sitzen. Ich dränge darauf, den EU-Wiederaufbaufonds für Weiterbildungschancen zu nutzen.

freiheit: Der Jugendgarantie folgt nun die Kindergarantie: Was kann man sich hier vorstellen?

Mandl: Durch die Jugendgarantie soll erreicht werden, dass kein Jugendlicher länger als vier Monate ohne Job

oder Ausbildung ist. Bei der Kindergarantie soll daran erinnert werden, dass die Hauptverantwortung für Kinder immer bei den Eltern liegt, und es soll die politische Verantwortung für Kinder realisiert werden, deren Eltern nicht für Gesundheitsversorgung und Bildung sorgen können.

freiheit: Wie wird uns der Grüne Pass helfen, an dem Sie im Europäischen Parlament mitverhandeln?

Mandl: Er soll einfach verständlich sein. Er soll Geimpften, Genesenen mit Antikörpern und in einem bestimmten Zeitraum Getesteten Begegnungen ermöglichen. Es ist sehr viel Komplexität zu bewältigen, weil neben dem EU-Parlament die Mitgliedsstaaten und die Kommission mitentscheiden. Aber es macht Freude, weil ich ein positives Projekt zum Ausweg aus der Krise verhandeln darf.

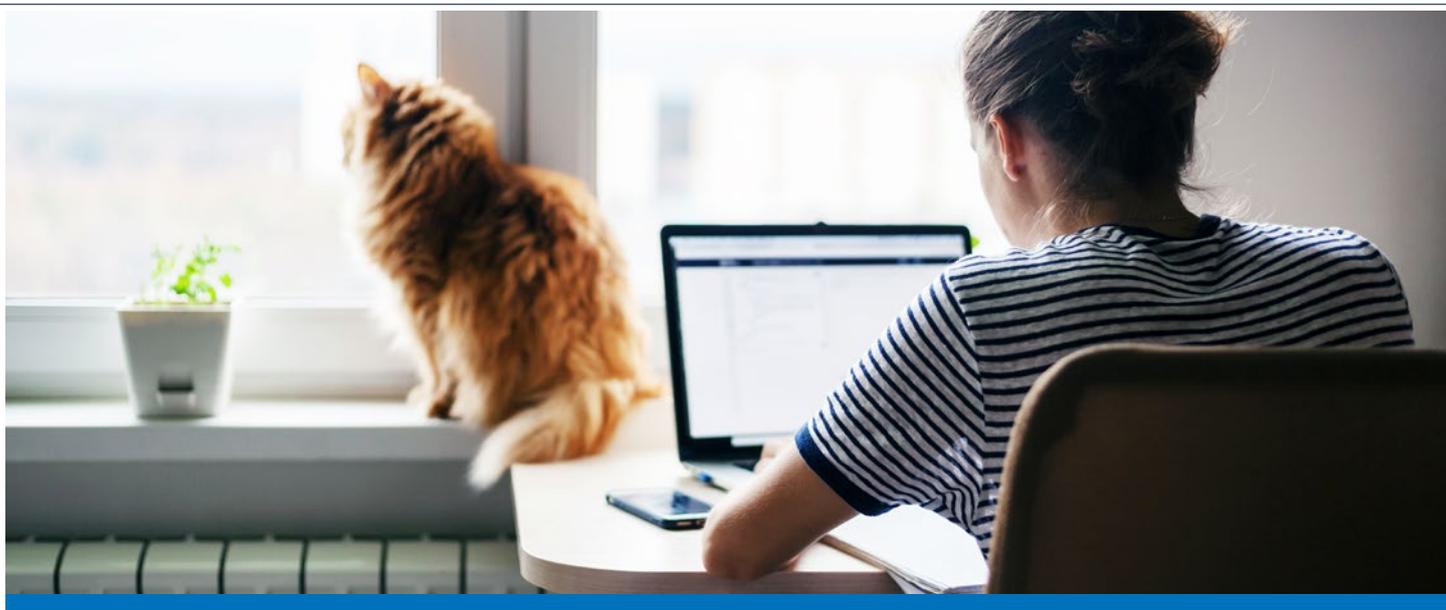


Foto: adobe/stock

Homeoffice: Gekommen, um zu bleiben

Im vergangenen Jahr hat sich unsere Art zu leben, aber auch zu arbeiten, massiv verändert. Von einem Tag auf den anderen waren viele von uns nicht mehr im Büro vor Ort, sondern im Büro zu Hause. Viele Fragen haben sich aus dieser Situation heraus ergeben. Zahlreiche Umfragen haben gezeigt, dass Homeoffice eine gute Alternative für die arbeitenden Menschen ist. Eine Analyse der Umfragen zeigt die verschiedenen Problemfelder auf und macht deutlich, dass es einen klaren Handlungsbedarf gegeben hat, gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Dies ist nun mit dem Homeoffice-Maßnahmenpaket gelungen. Verschaffen Sie sich hier ein Bild über die Meinungen und Sichtweisen der Menschen, die die Möglichkeit haben, im Homeoffice zu arbeiten, und lesen Sie mehr zu dem Thema.

Als im März des Vorjahres klar wurde, dass auch Österreich nicht vom Coronavirus verschont bleiben würde, musste alles schnell gehen – auch der Umstieg von der Arbeit im Büro auf Homeoffice. Vielerorts wurden innerhalb kürzester Zeit Monitore abmontiert, Laptops ausgegeben, digitale Kommunikationstools aufgesetzt und neue Arbeitsmethodiken organisiert. Zoomen war nicht mehr nur auf Fotografie bezogen, sondern ein alltäglicher Begriff in der Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen.

Das Thema Homeoffice hat durch die Corona-Pandemie eine unglaubliche Dynamik bekommen. Der Lockdown und die Beschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie haben die Arbeitswelt verändert. Zahlreiche Studien und Umfragen wurden seit dem Beginn der Pandemie zu dem Thema durchgeführt. Gemeinsam ist allen: Homeoffice ist gekommen, um zu bleiben!

Noch immer befinden sich aufgrund der Covid-19 Krise die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zahlreicher Unternehmen und Institutionen im Homeoffice.

Zahlreiche Umfragen haben seit dem Beginn der Krise zum Thema Homeoffice stattgefunden. Unter anderem haben das Arbeitsministerium, das Recruiting-Unternehmen StepStone Österreich und der ÖAAB Befragungen in den verschiedenen Gruppierungen gestartet, mit dem Ziel herauszufinden, wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Situation erleben, das Homeoffice nützen, wie der Arbeitsplatz zu Hause funktioniert und wie sie mit der neuen Arbeitswelt in Zukunft umgehen werden. Aber auch die Sichtweise der Arbeitgeber wurde abgefragt. Ein weiterer Zweck der Umfragen ist es auch, Verbesserungspotenziale zu finden. Ein Vergleich macht sicher: Homeoffice ist der Arbeitsplatz der Zukunft!

Homeoffice: Verbreitung, Gestaltung, Meinungsbild

Die OGM-Umfrage bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sowie Arbeitgebern mit Nutzung von Homeoffice während der Corona-Krise, die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit im März 2021¹ durchgeführt wurde, zeichnet ein klares Bild:

Homeoffice ist vom Rand in die Mitte des Arbeitsmarkts gerückt: 39 Prozent aller unselbstständig Erwerbstätigen, das sind 1,5 Millionen Österreicherinnen und Österreicher, haben 2020 zumindest zeitweise im Homeoffice gearbeitet. Von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Homeoffice-tauglicher Tätigkeit waren sogar mehr als die Hälfte im Homeoffice, in der Privatwirtschaft ebenso wie im öffentlichen Dienst. Für die Mehrheit der betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellte das Jahr 2020 diesbezüglich eine Premiere dar, sie waren zum ersten Mal im Homeoffice.

Die Mehrheit der Befragten meint, dass das Homeoffice beiden Seiten gleichermaßen zugute kommt.

Trotz der zumeist sehr kurzfristigen und improvisierten Einführung hat Homeoffice aus Sicht sowohl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch der Arbeitgeber mehrheitlich gut funktioniert.

Positive Auswirkungen bei arbeitsbezogenen Aspekten waren für beide Seiten (Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Arbeitgeber) vor allem die Arbeitsergebnisse und der Erwerb neuer Kenntnisse und Fähigkeiten im Homeoffice, gesunken sind jedoch Kommunikation, Kooperation, Arbeitsklima und soziale Aspekte. Die Grundzufriedenheit mit Homeoffice ergab sich daher weniger aus arbeitsbezogenen Aspekten, sondern viel mehr aus günstigen Auswirkungen auf die Lebensqualität bei den Beschäftigten.

Bei der OGM-Umfrage gaben die Befragten an, dass sich Homeoffice günstig auf die Lebensqualität auswirkt.

Im Homeoffice wurde häufiger selbstgestaltet zu unregelmäßigen Zeiten gearbeitet, was sowohl von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch von den Arbeitgebern deutlich akzeptiert wurde.

Für die Zukunft wird sowohl von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern als auch von den Arbeitgebern am häufigsten eine Homeoffice-Tätigkeit im Ausmaß von ein bis zwei Tagen pro Woche gewünscht. Eine Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gibt an, dass die Möglichkeit, im Homeoffice arbeiten zu können, an einem zukünftigen Arbeitsplatz sehr

oder eher wichtig für sie wäre. Besonders stark ist die Präferenz für ein bis zwei Homeoffice-Tage pro Woche bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern.

StepStone-Umfrage: Österreicher im Home Office zufrieden

StepStone Österreich ist ein Recruiting-Unternehmen, das im April 2020 rund 1.700 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer online befragte², davon 670 im Homeoffice. Auch hier zeichnet sich ein ähnliches Bild ab: Homeoffice wird uns auch in Zukunft begleiten.

Die Befragung zeigt, dass die Befragten mit der Arbeit im Homeoffice zufrieden sind: Mehr als die Hälfte (53 Prozent) fühlt sich im Homeoffice wohler als gedacht. Man könne Arbeit und Privatleben harmonischer abstimmen (49 Prozent) und mehr Arbeit bewältigen (41 Prozent). Entsprechend würden zwei von drei Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern (64 Prozent) auch nach der Krise gern verstärkt im Homeoffice arbeiten.

Allerdings gaben viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer (42 Prozent) an, mehr zu arbeiten, ein weiteres Drittel (34 Prozent) macht seltener Pausen. Für manche Befragten ist es im Homeoffice auch schwieriger, nach der Arbeit abzuschalten. Gut jeder Dritte (36 Prozent) findet es auch anstrengend, ausschließlich über digitale Wege zu kommunizieren.

Wie sich zeigt, hat nur die Hälfte aller Befragten (43 Prozent) im Homeoffice einen eigenen Büroraum zur Verfügung. Die anderen teilen sich auf Wohnzimmer (33 Prozent), Küche (9 Prozent) und Schlafzimmer (8 Prozent) auf.

Kinder im Haushalt stellen bei der Arbeit im Homeoffice in den meisten Fällen eine zusätzliche Herausforderung dar, zeigt die Umfrage: Zum einen zei-

gen Arbeitgeber kaum Verständnis für die Betreuungsaufgaben, die nebenbei zu erledigen sind (78 Prozent). Zum anderen fühlen sich 17 Prozent stark gestresst durch die Herausforderung, Kinderbetreuung und Arbeit zu kombinieren.

Die StepStone-Umfrage zeigt deutlich: Zwei von drei Arbeitnehmern möchten auch nach der Krise gern verstärkt im Homeoffice arbeiten.

Auch technisch sind weit nicht alle Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer auf die ausschließliche Arbeit von zu Hause aus eingerichtet, zeigt die StepStone-Umfrage: 42 Prozent aller Befragten geben an, ganz oder teilweise mit ihren privaten Geräten arbeiten zu müssen. Immerhin einem Drittel (31 Prozent) werden Soft- und Hardwarekosten für die Zeit im Homeoffice erstattet, bei 16 Prozent beteiligt sich der Arbeitgeber an anfallenden Kosten für das Internet zu Hause.

Die ÖAAB-Mitgliederbefragung „Deine Idee für den ÖAAB“

Besonders interessant ist die Umfrage des ÖAAB³, der eine breit angelegte Mitgliederbefragung gestartet hat, und neben allgemeinen Themen zu Organisation und Arbeitswelt auch einen extra Teil zum Thema „Homeoffice“ eingebaut hat. Etwa 2.000 Mitglieder haben an dieser Umfrage im Zeitraum von Mai bis September 2020 teilgenommen – darunter Funktionärinnen und Funktionäre, Betriebsrätinnen und Betriebsräte, Personalvertreterinnen und Personalvertreter, aber auch Mitglieder ohne politische Funktion. Die Teilnehmenden arbeiten vorwiegend in privaten Unternehmen, aber einige sind auch im öffentlichen Dienst tätig. Bei der Mitgliederbefragung des ÖAAB unter dem Motto „Deine Idee für den

ÖAAB“ wurden unter anderem auch Aspekte, die sich um das Thema Homeoffice drehen, abgefragt. Insgesamt ergibt sich folgendes Bild:

Über 63 Prozent der Befragten gaben an, überhaupt ihre Tätigkeit im Homeoffice ausüben zu können. Davon kann der überwiegende Teil (43 Prozent) die Arbeit von zu Hause frei einteilen und Homeoffice an flexiblen Tagen in Anspruch nehmen.

Die Frage, an wie vielen Tagen der Woche sie im Homeoffice arbeiten wollen, wird vom Großteil mit 2–3 Tagen beantwortet (24 Prozent), nur wenige wünschen es sich, jeden Tag der Woche im Homeoffice zu arbeiten (8 Prozent).

Gefragt wurde unter anderem auch nach der öffentlichen Verkehrsanbindung des Heimatorts zum Arbeitsplatz (Dauer, Erreichbarkeit etc.). Rund 55 Prozent befanden diese für sehr gut bzw. gut.

Auch zur technischen Ausstattung wurden Fragen gestellt, dabei gaben 63 Prozent an, diese vom Arbeitgeber zur Verfügung gestellt zu bekommen. Von diesen bewerten 75 Prozent ihre Ausstattung als sehr gut bzw. gut.

Ebenso ist die Internetverbindung ein wesentlicher Faktor bei der Möglichkeit, von zu Hause arbeiten zu können. Hier gaben 54 Prozent an, dass sie unabhängig von der guten Internetverbindung gerne im Homeoffice arbeiten.

Über 95 Prozent gaben an, dass sie Homeoffice und Familie sehr gut bzw. gut vereinbaren können.

Insgesamt sind die Befragten mit der Möglichkeit des dislozierten Arbeitens zufrieden und werden diese Möglichkeit auch in Zukunft vermehrt nutzen.

Analyse der drei Umfragen

Alle drei Umfragen bestätigen klar, dass die Mehrheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die in einem Homeoffice-fähigen Job arbeiten, auch in Zukunft diese Möglichkeit nutzen werden. Diese Umfragen haben klar gezeigt, dass Homeoffice gekommen ist, um zu bleiben. Es war daher notwendig, klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, die die Rahmenbedingungen definieren, um den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch den Arbeitgebern ein Rüstzeug zu geben, um für die Beteiligten eine Win-win-Situation zu ermöglichen.

Auf die Frage in der ÖAAB-Umfrage „Wie lassen sich Homeoffice-Arbeit und Familie für dich vereinbaren?“ gaben 95 Prozent an, dass die Vereinbarkeit sehr gut bzw. gut gegeben ist.

Fakt ist: Homeoffice ist DIE Zukunft

Die Corona-Pandemie hat die Arbeitswelt verändert. Expertinnen und Experten gehen davon aus, dass die Corona-Pandemie die Arbeitswelt auch längerfristig verändert hat. Arbeitgeber haben schon jetzt gesehen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch gute Arbeit leisten können, wenn sie von zu Hause aus arbeiten. Auch im Arbeitsleben selbst werden wohl häufiger virtuelle Treffen anstelle von Konferenzen vor Ort stattfinden, was letztlich auch viel Geld und Zeit sparen kann.

Das Gesetz ist in Kraft

Damit das mobile Arbeiten für alle Beteiligten gut funktioniert, haben sich Arbeitsminister Martin Kocher und Finanzminister Gernot Blümel gemeinsam mit den Sozialpartnern auf ein Homeoffice-Maßnahmenpaket geeinigt. Diese neuen Homeoffice-Regeln

beinhalten sowohl steuerrechtliche als auch arbeitsrechtliche Komponenten. Die Gesetze sind seit 1. Jänner bzw. seit 1. April 2021 in Kraft.

Hier die wesentlichen Eckpfeiler:

- » Homeoffice bleibt weiterhin Vereinbarungssache zwischen Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Diese muss schriftlich sein.
- » Es gibt eine Klarstellung der arbeitsrechtlichen Regelungen sowie des Arbeitnehmerschutzes im Homeoffice – das Arbeitszeitgesetz sowie das Arbeitsruhegesetz gelten uneingeschränkt auch für das Arbeiten zu Hause.
- » Die Arbeitsinspektorate haben keinen Zutritt zu privaten Wohnbereichen.
- » Bei Arbeitsunfällen sind Beschäftigte auch im Homeoffice unfallversichert.
- » Arbeitsmittel sollen vom Arbeitgeber bereitgestellt werden. Ist dies nicht möglich, bekommen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine finanzielle Entschädigung – die sogenannte Homeoffice-Pauschale in der Höhe von 3 Euro pro Tag bei maximal 100 Tagen Homeoffice pro Jahr.
- » Die Absetzbarkeit für die Anschaffung von ergonomischer Einrichtung ihres häuslichen Arbeitsplatzes ist bis zu 300 Euro pro Jahr möglich.
- » Diese gesetzlichen Neuregelungen sollen bis Ende 2022 evaluiert werden, um Verbesserungspotenziale so rasch wie möglich erkennen und gegebenenfalls umsetzen zu können.

¹ OGM-Umfrage im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit: Homeoffice: Verbreitung, Gestaltung, Meinungsbild und Zukunft; Zeitraum: März 2021

² StepStone Österreich-Studie, Homeoffice; Zeitraum: April 2020

³ ÖAAB-Mitgliederbefragung „Deine Idee zum ÖAAB“; Zeitraum: Mai – September 2020

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

Corinna Scharzenberger

Corinna Scharzenberger ist seit nunmehr sechs Jahren bei der Agrarbezirksbehörde für Steiermark, Dienststelle Stainach, als Juristin tätig. Über den ÖAAB führte sie ihr Weg in den Nationalrat, wo sie seit Oktober 2019 ihr Mandat ausübt. In ihrem Heimatbezirk Liezen ist sie unter anderem als Organisationsreferentin der Jungen Volkspartei (JVP) tätig. Zusätzlich ist sie seit 2019 Bezirksobfrau des Jungen Angestellten- und Arbeitnehmerbundes (JAAB) Steiermark im Bezirk Liezen.

freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?

Ich bin vor allem gerne in der Natur. Die vielen schönen Plätze, die wir im Bezirk und in der Obersteiermark haben, machen die Auswahl nicht einfach. Ganz oben auf der Liste meiner liebsten Orte steht aber Irdning mit



Corinna Scharzenberger auf dem Gipfel des Großglockner

Blick auf den Grimming. Nicht zuletzt, weil ich von meiner Wohnung aus einen wunderschönen Ausblick auf unseren Hausberg habe.

freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?

Etwas Spezielles hat es bei mir mit diesem Berg auf jeden Fall auf sich. Denn obwohl ich gerne in den Bergen bin und im letzten Jahr auch schon auf dem Großglockner war, habe ich es noch nie auf den Grimming geschafft, der eigentlich ja praktisch vor meiner Haustür liegt. Aber er ist auf jeden Fall eines meiner Ziele in nächster Zeit.

freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen Insider-Tipp für diesen Ort?

Auf jeden Fall Zeit nehmen. Vor allem dann, wenn man gestresst ist und Zeit sowieso ein Mangel ist. Wenn man auf einen Berg geht, kann man die Umgebung und die Natur bewusst wahrnehmen und genießen. Wenn man das schafft, kann man aus unseren Ber-

gen so viel Energie für die nächsten Aufgaben ziehen.

freiheit: Was ist – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?

Obwohl ich gerne reise, habe ich außerhalb von Österreich keinen bestimmten Lieblingsort. Es ist eher so, dass ich gerne immer wieder neue Plätze entdecke und neue Kulturen kennenlernen. Das sind Eindrücke, die einem niemand mehr nehmen kann.



Der Blick aus der Wohnung von Corinna Scharzenberger in Irdning auf den Grimming

FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

Erweiterte Begutachtung: Bürger/innen dürfen künftig alle Gesetzesentwürfe begutachten

Expertinnen und Experten, Bürgerinnen und Bürger dürfen voraussichtlich ab August zu allen Gesetzesentwürfen Stellungnahmen abgeben. Bisher war eine Begutachtung nur für Ministerialentwürfe vorgesehen. Künftig kann man seine Meinung auch zu Gesetzesanträgen von Abgeordneten, Ausschussanträgen, fertigen Regierungsvorlagen, Initiativen

des Bundesrats und Volksbegehren kundtun. Außerdem wird eine Abgabe von Stellungnahmen bis zum Abschluss des parlamentarischen Verfahrens möglich sein – also bis das Gesetzesvorhaben den Bundesrat passiert hat oder auf andere Weise erledigt wurde. Alle einlangenden Stellungnahmen werden – wie schon jetzt bei Ministerialentwürfen – ver-

öffentlicht, wobei bei Privatpersonen deren Einwilligung vorliegen muss. Nicht veröffentlicht werden muss allerdings, wenn die Stellungnahme gegen straf- oder urheberrechtliche Bestimmungen verstößt oder mit anderen Rechtsvorschriften kollidiert. Eine analoge Bestimmung soll es auch für Petitionen und Bürgerinitiativen geben.

Splitter aus dem Parlament

Barrierefreie Parlamentsnachrichten

Die Parlamentsdirektion bietet ab sofort ein neues Service für Bürgerinnen und Bürger an. Die „aktuellen Themen“ auf der Webseite des Parlaments gibt es jetzt in einfach verständlicher Sprache. „Dieses neue

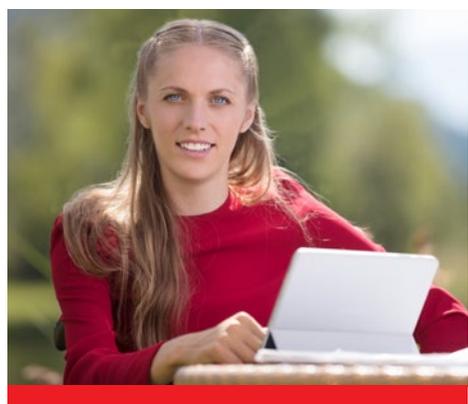


Foto: ÖVP/Tanja Cammerlander

ÖVP-Sprecherin für Menschen mit Behinderung, Kira Grünberg, setzt sich für Barrierefreiheit der Angebote des österreichischen Parlaments ein

Angebot ermöglicht einer breiten Bevölkerungsschicht einen einfachen Zugang zu Informationen über die Aktivitäten des Parlaments“, betont Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. „Wir leisten damit einen wichtigen Beitrag zur umfassenden Barrierefreiheit der Angebote des österreichischen Parlaments.“ Für die ÖVP-Sprecherin für Menschen mit Behinderung, Kira Grünberg, ist das ein „wichtiger Schritt der Inklusion und Teilhabe möglichst aller Menschen“.

Meldungen in einfacher Sprache zeichnen sich durch einen klaren und einfachen Aufbau aus. Sie sind leicht zu lesen und verständlich. Abkürzungen und Fremdwörter werden vermieden oder erklärt. Die Sprache orientiert sich am B1-Sprachniveau des Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens für Sprachen (GER). Diese Sprachstufe entspricht

der Alltagssprache. Das heißt: Diese Texte sind für die Mehrheit der Bevölkerung einfach zu verstehen. Von diesen Texten profitieren Menschen mit Leseschwächen und Rechtschreibschwächen, Menschen mit einfacher Bildung und Menschen, deren Erstsprache nicht Deutsch ist, aber auch alle, die sich rasch informieren möchten.

Österreichische Parlamentarische Gesellschaft

Es ist geplant, eine Österreichische Parlamentarische Gesellschaft einzurichten. Diese soll als „Tochter des Österreichischen Parlaments“ ein überparteilicher Ort der Begegnung, des Austausches und der parlamentarischen Kollegialität sein. Sie soll einen neutralen Rahmen bieten, in dem die Kultur des Dialogs zum Abbau von Vorurteilen und die zur Überwindung von Grenzen gefördert wird. Solcherart sollen die repräsentative Demokratie und der Parlamentarismus gestärkt und weiterentwickelt werden.

Insiderwissen über die Gesetzgebung im Parlament

Das Parlament in Wien ist für die Gesetzgebung des Bundes zuständig. Umfassendes Wissen über diese wohl mächtigste Institution in unserem Staat haben nur wenige Menschen. Aus diesem Grund hat die Politische Akademie DEN Fachmann für das parlamentarische Geschehen, den Klubdirektor des ÖVP-Parlamentsklubs Martin Falb, gebeten, in einem Seminar Einblicke in die Arbeit des Parlaments und spannendes Insiderwissen weiterzugeben. Martin Falb kennt die Menschen und Abläufe im Hohen Haus.

Dementsprechend viel wusste er in dem Onlineformat über gefinkelte Schachzüge, rechtliche Möglichkeiten und Last-Minute-Aktionen aller Fraktionen zu berichten. Außerdem beschäftigt er sich intensiv mit den aktuellen Fragen zur Rolle der gesetzgebenden Körperschaften im politischen System. Im Zuge des virtuellen Seminars beantwortete er



Foto: ÖVP-Klub/Sabine Klimpt

Klubdirektor des ÖVP-Parlamentsklubs Martin Falb gab in einem Online-Seminar interessante Einblicke in seine Arbeit

auch Fragen dazu, welche Rolle und welches Gewicht das Parlament im politischen System Österreichs hat, wie ein Gesetz zustande kommt, welche Verhandlungsebenen es im Parlament gibt, wie die Arbeit der Mandatar/innen aussieht und wie sich der Parlamentarismus im Laufe der Zeit verändert hat.

Earth Hour

Am 27. März 2021 fand die diesjährige EARTH HOUR statt. An diesem Tag werden weltweit zwischen 20:30 Uhr und 21:30 Uhr Lokalzeit die Lichter ausgeschaltet, insbesondere an wichtigen öffentlichen Gebäuden. Wie bereits in den vergangenen Jahren hat sich das Parlament an dieser Aktion beteiligt und die Lichter beim historischen Parlamentsgebäude sowie bei der Hofburg am Josefsplatz abgedreht.

AK Tirol fordert höhere Schul- und Heimbeihilfe

Eltern von schulpflichtigen Kindern geraten in der Corona-Krise zeitlich, psychisch und oft auch finanziell unter Druck. „Gerade jetzt müssen wir darauf achten, dass wir niemanden während der Schullaufbahn verlieren“, erinnert Tirols AK Präsident und BAK Vizepräsident Erwin Zangerl daran, dass die Erhöhung der staatlichen Schul- und Heimbeihilfe längst überfällig ist. „Auch die Einkommensgrenzen müssen angepasst werden.“

Von Schulartikeln über Laptops bis zur Nachhilfe: Bildung kostet die Familien Geld. Und so hängt der Bildungsweg der Kinder immer noch stark davon ab, ob für zusätzliche Schulkosten ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Prinzipiell wird diese Problematik im Bildungswesen auch berücksichtigt. So sollen verschiedene Steuerungselemente dafür sorgen, dass Bildungschancen gerechter verteilt werden können. Eine wichtige Maßnahme ist die staatliche Schul- und Heimbeihilfe für Familien schulpflichtiger Kinder.

Schul- und Heimbeihilfe seit 2007 nicht mehr erhöht

„Die Sache hat nur einen Haken: Weil die staatliche Schul- und Heimbeihilfe seit 2007 nicht mehr erhöht wurde und auch die Einkommensgrenzen nicht angepasst wurden, können sie viele Familien nicht in Anspruch nehmen, obwohl sie diese Hilfe brauchen würden“, sieht Tirols AK Präsident und BAK Vizepräsident Erwin Zangerl



„Die Anpassung der Schul- und Heimbeihilfen inklusive der Einkommensgrenzen ist längst überfällig“, erklärt Tirols AK Präsident und BAK Vizepräsident Erwin Zangerl.

dringenden Handlungsbedarf. Zudem soll die Schulbeihilfe durch eine jährliche Valorisierung wertgesichert bleiben, und es soll sie – wie die Heimbeihilfe – bereits ab der 9. Schulstufe (und nicht wie derzeit erst ab der 10. Schulstufe) geben.

Zangerl: „In der AK Beratung sehen wir, dass sich die finanziellen Sorgen durch Corona nochmals dramatisch zugespitzt haben. Obwohl das Geld knapp – oder dafür gar nicht vorhanden – ist, muss Nachhilfe bezahlt werden, damit das Kind durch die Schule kommt. Andere Eltern berichten von Heimkosten, die ihnen voll in Rechnung gestellt werden, obwohl der Schulbetrieb ausgesetzt wurde.“

Soziale Herausforderung: Niemanden verlieren

„Gerade jetzt in dieser pandemiebedingten Krise müssen wir noch verstärkt darauf achten, dass keine Schülerin, kein Schüler seine Ausbildung abbrechen muss“, so Zangerl. Fakt ist: Personen ohne entsprechende Schul- und Berufsausbildung haben ein höheres Risiko, von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und Armut betroffen zu sein. „Deshalb heißt es, frühzeitig gegen Lern- und Schulprobleme gegensteuern und hierfür auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen!“

Parlamentsdirektion in Zeiten von Corona

Die rund 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion leisten, gerade in Zeiten der Pandemie, eine besonders herausfordernde Arbeit: Sie stellen den Gesetzgebungsprozess des Bundes sicher.

Egal, ob gestern neu aufgenommen oder seit 30 Jahren im Dienst: Was alle MitarbeiterInnen in der Parlamentsdirektion brauchen, ist Flexibilität – und das auf vielen Ebenen. Denn die zahlreichen parlamentarischen Herausforderungen treffen nicht nur die Abgeordneten, sondern alle, die in der Parlamentsdirektion arbeiten. Beginnend beim Facility Management, über Übersiedelungs- und SicherheitsexpertInnen, bis hin zu Parlamentssteno-graphinnen oder JuristInnen. „Alle sind für den Gesetzgebungsprozess und das parlamentarische Geschehen unentbehrlich“, weiß Monika Czibula,



Monika Czibula, Vorsitzende des Dienststellenausschusses (FCG), ÖAAB-Obmann-Stellvertreterin der Betriebsgruppe Parlament

FCG-Fraktionsführerin und Vorsitzende des Dienststellenausschusses und des Gewerkschaftlichen Betriebsausschusses. Die enormen Anpassungsfähigkeiten der MitarbeiterInnen haben sich auch in der derzeitigen Krisensituation bewährt. „Die Pandemie hatte weniger Einfluss auf die Arbeitsergebnisse als auf die Art und Weise, wie diese Ergebnisse erzielt wurden“, weiß Personalvertreter Franz Gutsch. Sämtliche Arbeitsabläufe haben sich für viele allein schon durch die weitgehende Einführung der Telearbeit verändert. „Doch Ausschuss- und Plenarsitzungen können nur vor Ort betreut werden. Diese Präsenztätigkeiten waren vor allem durch die Einhaltung der COVID-19-Maßnahmen zum Schutz aller Personen im Haus geprägt und durch die Rekordanzahl an Plenarsitzungen“, präzisiert Gutsch. 2020 verzeichnete der Nationalrat 68, der Bundesrat 19 Sitzungen. Im Vergleich dazu: 2019 waren es 38 Sitzungen im Nationalrat und 11 im Bundesrat. Allein 179 Gesetzes-

beschlüsse und zwei Budgets wurden im Corona-Jahr verabschiedet, auch die Anzahl an Verhandlungsgegenständen ist massiv gestiegen. Zudem war es notwendig, mehrere Plenarsitzungen beider Kammern am selben Wochenende abzuhalten. Am Samstag, 14. März, und Sonntag, 15. März 2020, wurde quasi durchgearbeitet.

Dauerbelastung und das Warten auf die Impfung

Auf eine weltweite Pandemie war auch die Parlamentsdirektion nicht gefasst. „Corona kam zu schnell und zu massiv, als dass eine direkte Vorbereitung möglich gewesen wäre“, so Gutsch. „Nach einem Jahr Pandemie und unzähligen 12- bis 14-stündigen Arbeitstagen, Nacht- und Wochenenddiensten, Zeitdruck und einem hohen Pensum an notwendigen Erledigungen ist bei vielen auch Ermüdung und Erschöpfung eingetreten. Krisenbedingt war das Arbeitsvolumen sowohl enorm



Mag. Franz Gutsch: ÖAAB-Obmann der Betriebsgruppe Parlament und Personalvertreter (FCG)

als auch ungleichmäßig verteilt. Es gab Belastungsspitzen, und einzelne Personengruppen waren davon stärker betroffen als andere“, resümiert Monika Czibula. Und Franz Gutsch ergänzt: „Die hohe Verantwortung im Bereich der Betreuung der Gesetzgebung, die Dauerbelastungen zeitlicher und inhaltlicher Natur, gehen nicht spurlos an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vorüber. Das Warten auf die Impfung für Beschäftigte der kritischen Infrastruktur wird zunehmend zu einem Problem, das uns natürlich nicht alleine betrifft.“ Doch trotz der hohen Dynamik der Geschehnisse und der damit verbundenen Belastungen können die beiden auch Positives aus der Situation mitnehmen: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion haben diese Jahrhundertaufgabe bislang gut und vor allem gemeinsam gemeistert. Wir haben im Arbeitsalltag unzählige Male erlebt, dass wir füreinander da waren, gerade in belastenden Situationen.“

Behind the scenes

Der 28. ordentliche Bundestag hat coronabedingt als Online-Format stattgefunden. Einen Einblick in das Geschehen gibt es hier!

Fotos: ÖAAB



Für die Aufnahme der Live-Sendung wurde ein Fernsehstudio nachgebaut



ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits führte durch das Programm der Live-Sendung



Aufgrund eines dienstlichen Auslandsaufenthaltes war Bundesobmann-Stellvertreterin und Europaministerin Karoline Edtstadler via Zoom zugeschaltet



ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger während der Verkündung des Wahlergebnisses



Ein Blick in das Setting kurz vor dem Live-Einstieg



Bundesobmann-Stellvertreter Dominik Mainusch nahm am Bundestag online teil, da er tags zuvor Vater einer Tochter geworden war

Jahrbuch für Politik über türkis-grün und Corona

Das Jahrbuch für Politik wird von Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch und Günther Ofner herausgegeben und gilt als Standardwerk für Politik und Zeitgeschichte in Österreich. Erstellt wird es von der Politischen Akademie, deren Präsidentin Bettina Rausch die „wissenschaftliche Aufarbeitung politischer Ereignisse“ als wesentliche Aufgabe der Akademie sieht. Mit dem Jahrbuch will sie „zu einer sachlichen Debatte über Politik“ beitragen und „wesentliche politische Entwicklungen für die Nachwelt dokumentieren.“

Das erfolgt für das Jahr 2020 in 52 Beiträgen auf knapp 600 Seiten. Etwa die Hälfte davon ist der Corona-Pandemie gewidmet, die aus verschiedenen Blickwinkeln beleuchtet wird – von Arbeit und Wirtschaft über Wissenschaft, Bildung und Kultur bis hin zu Partei-



Jahrbuch für Politik 2020

Andreas Khol, Stefan Karner, Wolfgang Sobotka, Bettina Rausch, Günther Ofner (Hrsg.)
Böhlau Verlag, Wien 2021
596 Seiten, € 47,-
erhältlich im Buchhandel und auf www.politische-akademie.at

arbeit in Corona-Zeiten. Der Politologe Reinhard Heinisch untersucht Zusammenhänge zwischen Populismus und Einstellungen zur Pandemie, die Philosophin Caroline Heinrich beschreibt die Mechanismen und Wirkungen von Verschwörungstheorien.

Aber auch anderen Themen finden ihren Platz. Politische-Akademie-Präsidentin Bettina Rausch bewertet die türkis-grüne Regierungsarbeit abseits von Corona, der ehemalige National-

ratspräsident Andreas Khol zieht eine – kritische – Zwischenbilanz über den Ibiza-Untersuchungsausschuss. Die Wien-Wahl wird von Franz Sommer und Eva Zeglovits untersucht. Lisa Fellhofer stellt die neu eingerichtete Dokumentationsstelle Politischer Islam vor, der FAZ-Journalist Philip Plickert blickt Richtung Afrika und beschreibt die zu erwartenden Migrations-Herausforderungen.

In historisch orientierten Beiträgen bietet das Jahrbuch eine Diskussion über die Einordnung von Karl Renner (von Doris Bures, Franz Schausberger und Wolfgang Sobotka), die Würdigung des 100. Geburtstages der Bundesverfassung (Verfassungsgericht-Präsident Christoph Grabenwarter) und einen Rückblick auf die 75-jährige Geschichte der Volkspartei durch Johannes Schöner vom Karl von Vogelsang Institut.

OSTÖSTERREICH BAUT AUF



Ihr regionaler Baupartner:

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Trumau - Dr. Körner Straße 49, 2521 Trumau
T: +43 2253 20050 - 0
E: hochbau.trumau@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Horn - Riedenburgstraße 60, 3580 Horn
T: +43 2982 3244 - 0
E: horn@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Eisenstadt - Ruster Straße 136/4, 7000 Eisenstadt
T: +43 2682 64578 - 0
E: hochbau.eisenstadt@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Mistelbach
Liechtensteinstraße 8, 2130 Mistelbach
T: +43 2982 3244 - 0
E: mistelbach@swietelsky.at

Zweigniederlassung Hochbau NÖ u. Bgld.
Standort Nußdorf
Industriestraße 1-3, 3134 Nußdorf ob der Traisen
T: +43 2982 3244 - 0
E: hochbau.nussdorf@swietelsky.at

www.swietelsky.com

Eine starke GÖD-FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at



göd.fcg

**Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.**